

Literatur im »nd« – 24 Seiten extra

Zum Auftakt der Frankfurter Buchmesse stellen wir bewegende Romane, aktuelle politische Literatur und zauberhafte Kinderbücher vor.

Foto: nd/Anja Martin



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



»Golden House«

Rushdies neuer Roman handelt von einem New Yorker Immobilienhai. Die Ähnlichkeit mit einer bestimmten Person ist dabei unvermeidlich. Seite 16

Foto: dpa/Paco Campos

Dienstag, 10. Oktober 2017

72. Jahrgang/Nr. 236

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Keine Belohnung

Simon Poelchau meint, dass Steueroasen ausgetrocknet gehören

Die Angst der Politiker, dass die Reichen aller Welt ihr Geld vor ihnen verstecken, ist bekanntlich übergrößer. So hoffte der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück einst mit Hilfe einer niedrigen Abgeltungsteuer Superreiche dazu zu bewegen, ihr in Oasen geparktes Geld wieder ordentlich versteuern zu lassen. Doch gebracht hat dieses »Besser 25 Prozent von x als nix« bekanntlich eigentlich nix.

Denn Superreiche lassen sich von niedrigen Steuern nicht abhalten, ihr Geld in Steueroasen wie der Schweiz oder Hongkong zu verstecken. Dies zeigt eine aktuelle Studie des renommierten US-Wirtschaftsinstituts National Bureau of Economic Research, der zufolge die Steuerhöhe ein ziemlich unbedeutender Faktor in Bezug auf die Vermögensflucht ist. Zum einen dienen Offshore-Konten nämlich dazu, illegal erworbenes Geld zu verstecken. Zum anderen wird vermutlich derjenige Superreiche, der sich mal die Mühe gemacht hat, sein Geld beiseite zu schaffen, auch bei ein Prozent Steuern noch »Lieber nix von x als ein Prozent von x« denken. Insofern helfen Belohnungen bei der Bekämpfung von Steueroasen nicht weiter.

Dass dies auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit ist, liegt auf der Hand. Schließlich rentiert es sich nur für Superreiche, Vermögen auf Offshore-Konten verschwinden zu lassen. Dass ihnen dies mit dem kürzlich in Kraft getretenen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten zwischen 50 Staaten schwerer gemacht wird, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch reicht dieser bei weitem nicht aus.

UNTEN LINKS

Es scheint ein Trend: Alles trennt sich. Die Trennung vollendet mit schmerzlicher Erkenntnis, was so schön blind angefangen hatte. Nur beim Müll ist es anders, da ist die Trennung ein Versprechen, bei dem es dann aber meist bleibt. Ansonsten ist die Trennung eine ernste Sache, mit ihr wird deshalb vorzugsweise gedroht. Die Katalanen drohen den Spaniern, die EU droht Ankara, Horst Seehofer droht der Kanzlerin, und die Siegeserie des FC Bayern droht in dieser Saison auch abzubrechen. Eine schmerzliche Trennung vom Meistertitel wäre das. Lewis Hamilton trennen schon 59 Punkte von Sebastian Vettel. Ganze Welten trennen Links und Rechts – übrigens auch ihren Umgang mit den sogenannten linken und rechten Rändern. Während die Linke sich von ihrem linken Rand trennt, kündigt die Rechte an, den rechten Rand selbst zu übernehmen. Das erklärt wohl am Ende auch den Erfolg der Rechten. Sie ist unbestrittener Meister der Trennung. Nach dem Motto: Trenne und herrsche. uka

Zu Hause im Provisorium

Die 69. Frankfurter Buchmesse eröffnet in turbulenten Zeiten



Foto: dpa/Boris Roessler

Frankfurt am Main. Die Containerbauweise hat jüngst vor allem durch die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften und Schulerweiterungsbauten von sich reden gemacht. Wenn sie über ihren pragmatischen Nutzen hinaus etwas symbolisiert, dann wohl die fragwürdige Einrichtung im Provisorium. Mit vier aufeinandergetürmten Wohncontainern wirbt nun auf dem Freigelände der Frankfurter Buchmesse ein Schweizer Verlag für sich – die Fenster aufgeschlagen wie die Seiten eines Buches. In der untersten Etage sollen die Geschäfte abgewickelt werden, in den zwei Stockwerken darüber präsentiert das Unter-

nehmen seine Titel, oben gibt es ein vollständig eingerichtetes Hotelzimmer – einschließlich einer zehnmütigen abendlichen Lesung durch einen Autor des Hauses – und auf dem Dach soll eine Bar installiert werden. Klingt gemütlich. Gemütlicher jedenfalls als einiges, was sich hinter den Fassaden der Messe in den kommenden Tagen noch so abspielen dürfte.

Bereits im Vorfeld der 69. Frankfurter Buchmesse, die an diesem Dienstagabend von Angela Merkel und Emmanuel Macron als Repräsentant des Gastlandes Frankreich eröffnet wird, wurde heftig über die verstärkte Präsenz rechtsradikaler Verlage gestritten. Wäh-

rend die Unterzeichner eines offenen Briefes »die Absage aller antidemokratischen und rassistischen Veranstaltungen auf der Buchmesse« fordern, beharrt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels darauf, Verlage und Bücher zu akzeptieren, »solange sie nicht gegen bestehende Gesetze verstoßen«.

Die Konflikte der Gegenwart machen vor der Buchmesse nicht Halt. Auf kleinere Verlage kommen neben gesellschaftlichen Turbulenzen auch zähe Verhandlungen um ihre Existenzsicherung zu. Schlampige Gesetze und die unzureichend regulierte Marktmacht der Konzerne sind für sie erdrückend. mha Seite 2

8 635 000 000 000 Dollar in Steueroasen

Deutsche bunkern Vermögen in Höhe von 16 Prozent der Wirtschaftsleistung im Ausland

Steueroasen sind bei Superreichen konstant beliebt. Doch bunkern sie ihr Geld immer weniger gern in der Schweiz, sondern gehen damit lieber nach Fernost.

Von Simon Poelchau

Niedrige Steuern verhindern nicht, dass Reiche Vermögen in Steueroasen schaffen. Dies ist die Quintessenz einer Studie aus dem renommierten US-Wirtschaftsinstitut National Bureau of Economic Research (NBER). Demnach liegt der Anteil des Vermögens, das in Steueroasen versteckt wird, seit Jahrtausendbeginn bei rund zehn Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Doch in absoluten Zahlen ist dieses Vermögen massiv angewachsen. Waren 2007 noch rund 6,335 Billionen US-Dollar in Oasen geparkt, so waren es 2015 schon 8,635 Billionen – ein Anstieg von über 36 Prozent.

Dabei verschieben die Superreichen ihr Geld der Studie zufolge von Land zu Land unterschiedlich stark ins Ausland. Umgerechnet auf die Wirtschaftsleistung sind zum Beispiel aus skandinavischen Ländern nur einige wenige Prozent an Vermögen in Steueroasen geparkt. Der europaweite Durchschnitt indes liegt bei rund 15 Prozent der Wirtschaftsleistung, wobei deutsche Superreiche mit 16 Prozent etwas mehr Geld in Steuerparadiese schaffen. Ganz andere Hausmarken sind jedoch Russland, Saudi-Arabien, Venezuela und die Vereinigten Arabischen Emirate. In diesen Ländern wird mit 73,1, 64,1, 56,2 beziehungsweise 56,9 Prozent der Wirtschaftsleistung am meisten Geld beiseite geschafft.

»Die Höhe des Vermögens im Ausland lässt sich nicht einfach durch Steuern oder institutionale Faktoren begründen«, schreiben die Autoren der Studie. Unter den Staaten mit wenig Geld in Steu-

eroasen würden sich Länder mit niedrigen Abgabenlasten wie Japan und Südkorea befinden, aber auch Länder, in denen mit die höchsten Steuern bezahlt werden wie Dänemark oder Norwegen.

Von 2007 bis 2015 hat sich das in Hongkong gemagte Vermögen versechsfacht.

In manch einem Land führt die Hinzurechnung des Offshore-Vermögens dazu, dass der Reichtum noch weitaus ungleicher verteilt ist, als bisher angenommen. Besitzen etwa die reichsten 0,1 Prozent Russlands ohne Einberechnung ihrer Offshore-Konten 12,4 Prozent des gesamten Privatvermögens des Landes, so sind es zusammen mit diesen Auslandsge-

bern 22,8 Prozent. Selbst in den skandinavischen Ländern, aus denen wenig Geld in Steueroasen geschafft wird, steigt der Anteil der Superreichen an Gesamtvermögen mit der Einberechnung ihrer Offshore-Konten signifikant an.

Eine Steueroase, die immer mehr aus der Mode kommt, ist laut den Studienautoren die Schweiz. Waren zu Anfang des Jahrtausends noch 41 Prozent des globalen Offshore-Vermögens in dieser Mutter aller Steueroasen geparkt, so waren es 2015 nur noch 26 Prozent. Stattdessen werden asiatische Oasen immer wichtiger. In ihnen wird bereits rund ein Drittel des versteckten Vermögens gebunkert. Ein Standort ist da von ganz besonderer Bedeutung: die ehemalige britische Kronkolonie Hongkong. »Hongkong steht nun an der zweiten Stelle hinter der Schweiz«, schreiben die Studienautoren. Von 2007 bis 2015 habe sich das dort gemagte Vermögen versechsfacht.

Sondierung in der nächsten Woche

Nach Unionskompromiss lädt Merkel FDP und Grüne zum Gespräch

Berlin. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat FDP und Grüne für die kommende Woche zu ersten Sondierungsgesprächen für eine Jamaika-Koalition eingeladen. Am Mittwoch soll zunächst getrennt, am Freitag dann in gemeinsamer Runde gesprochen werden. FDP und Grüne haben sich darüber hinaus zu einem Treffen verabredet. Bei der Sondierung gehe es darum, die Möglichkeiten für Verhandlungen auszuloten, sagte CSU-Chef Horst Seehofer auf einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit Merkel, auf der beide den Unionskompromiss zur Flüchtlings- und Migrationspolitik erläuterten.

In der Nacht zum Montag hatten CDU und CSU sich auf ein »Regelwerk« verständigt, das eine Höchstgrenze von 200 000 Flüchtlingen pro Jahr festschreibt, die die Union »garantieren« will. Der Begriff Obergrenze wird nicht verwendet. Über ankommende Flüchtlinge soll in »Entscheidungs- und Rückführungszentren« entschieden werden. Vorgeesehen ist darüber hinaus ein Zuwanderungsgesetz für Arbeitskräfte. uka Seite 4 und 5

Warnungen an Katalonien

Verkündung der Unabhängigkeit am Dienstag in der Schweb

Barcelona. Vor einer möglichen Unabhängigkeitserklärung Kataloniens am Dienstag ist der Druck auf die Regionalregierung in Barcelona gewachsen. Die stellvertretende spanische Ministerpräsidentin Soraya Sáenz de Santamaría drohte am Montag »Maßnahmen« für den Fall einer einseitigen Verkündung der Unabhängigkeit an. Der katalanische Regionalpräsident Carles Puigdemont bekräftigte aber, sollte die Zentralregierung in Madrid weiterhin eine »Vermittlung« verweigern, werde Katalonien den Schritt vollziehen.

Das katalanische Regionalparlament will am Dienstagabend zusammenkommen und könnte dabei die Unabhängigkeit der nordostspanischen Region verkünden. Der Generalsekretär der spanischen Linkspartei Podemos, Pablo Iglesias, appellierte an die Regionalregierung, nicht einseitig die Unabhängigkeit zu erklären. »Wir raten der katalanischen Regierung zur Vorsicht«, sagte er der »Frankfurter Rundschau« vom Montag. AFP/nd Seite 7

Streit um Brexit vor Verhandlungsrunde

Theresa May: EU in der Bringschuld / Kommission weist das zurück

Brüssel. Zum Auftakt der bis Donnerstag angesetzten fünften Verhandlungsrunde über den britischen EU-Austritt ermahnten sich London und Brüssel am Montag gegenseitig zu Bewegung. Die Gespräche in Brüssel begannen ohne Brexit-Minister David Davis und EU-Chefunterhändler Michel Barnier, die Experten in Arbeitsgruppen das Feld überließen. Die Verhandlungsrunde ist die letzte vor dem EU-Gipfel am 19. und 20. Oktober, der eine Zwischenbilanz ziehen soll. Ursprünglich war vorgesehen, dort Phase zwei der Gespräche einzuläutern. Bereits letzte Woche hatte Barnier allerdings im EU-Parlament erklärt, so weit sei es noch nicht.

Die Gespräche laufen seit Juni und gestalten sich bislang zäh. Die EU besteht darauf, wichtige Trennungsforderungen vor den künftigen Beziehungen zu klären. Die britische Premierministerin May sieht jedoch die EU in der Bringschuld, wie sie am Montag erklären ließ. Brüssel solle mehr Flexibilität zeigen, der Ball liege im Feld der EU. Die EU-Kommission wies dies umgehend zurück. dpa/nd

ISSN 0323-3375

